



Deutsche
Heilpädagogische
Gesellschaft e.V.

Beachten Sie auch weitere aktuelle Informationen auf unseren Webseiten ! www.dhg-kontakt.de

Frühere Newsletter finden Sie in unseren [Newsletter-Archiv](#)

Newsletter vom 23.12.2022

Dieser Newsletter ist auch als PDF-Datei abrufbar

Wir wünschen allen Mitgliedern der DHG und allen Leserinnen und Lesern unseres Newsletters schöne Weihnachtstage.

Die Herausforderungen werden im neuen Jahr nicht geringer – wir wünschen Ihnen viel Erfolg für die Umsetzung Ihrer Projekte 2023!

Aus der Behindertenhilfe

WOHNRAUM FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Steigende Baukosten verschärfen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung auf dem Wohnungsmarkt

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung macht WOHN:SINN gemeinsam mit sieben Partnerorganisationen (darunter DHG) auf den gravierenden Mangel an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum aufmerksam. Durch die krisenbedingt rasant gestiegenen Baukosten ist es quasi unmöglich geworden, geeigneten Wohnraum zu schaffen, der für Leistungsbezieher:innen des neuen Bürgergelds bezahlbar ist. Sie fordern deshalb, die soziale Wohnraumförderung umgehend auszuweiten und die von Sozialämtern übernommenen Mietkosten angemessen zu erhöhen. Zur [Pressemitteilung](#) (1.12.22). Wege bereiten für inklusives Wohnen, [9 Empfehlungen](#) aus der Praxis an die Politik

WIRKUNG UND WIRKSAMKEIT IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE

Neue Eckpunkte des Deutschen Vereins

Die unbestimmten Begriffe Wirkung und Wirksamkeit wurden mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) erstmals im Kontext der Eingliederungshilfe an zentralen Stellen im Leistungsrecht und im neuen Vertragsrecht im SGB IX gesetzlich verankert. Sie wurden gesetzlich weder definiert noch konkretisiert. Die Erarbeitung geeigneter Methoden, Indikatoren und Instrumente im Hinblick auf die Prüfung der Wirkung im Gesamtplanverfahren als auch in Bezug auf die Wirksamkeit von Leistungen sowie deren Überprüfung obliegt damit den jeweiligen Vertragspartnern. Angesichts weitgehend fehlender wissenschaftlicher Untersuchungen stellt sowohl die Entwicklung von Maßstäben für die Wirksamkeit als auch die Festlegung von Indikatoren und Erhebungsinstrumenten die Beteiligten vor eine anspruchsvolle Aufgabe.

Der Deutsche Verein gibt Hinweise für eine Begriffsbestimmung und formuliert Empfehlungen auf individueller Ebene und auf institutioneller/vertraglicher Ebene. [Zu den Empfehlungen](#) (Dezember 2022)

TEILHABE AM ARBEITSLEBEN

Gesetzesentwurf zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes

Mit dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes (vom 24. November 2022) will die Bundesregierung dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes nachkommen, um die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen.

>Zum [Referentenentwurf](#). Stellungnahmen: [Selbsthilfeverbänden](#)

>[Stellungnahme bvkm](#): Nach Auffassung des bvkm enthält der Gesetzesentwurf viele begrüßenswerte Regelungen, greift aber insgesamt zu kurz. In seiner Stellungnahme fordert der bvkm deshalb eine umfassendere Reform. Insbesondere muss die Teilhabe am Arbeitsleben auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sichergestellt werden (6.12.22)

>[Stellungnahme Bundesvereinigung Lebenshilfe](#): Der Entwurf kann daher nur der Beginn einer Reform zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes sein (6.12.22)

BTHG-UMSETZUNG / NEUES BETREUUNGSRECHT

Fachdiskussion: Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach § 106 SGB IX

Mit dem BTHG hat der Bundesgesetzgeber die Aufgaben der Reha-Träger für die Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen deutlich erweitert. Für die Träger der Eingliederungshilfe hat er zudem Aufgaben konkretisiert, die der personenzentrierten Neuausrichtung der Eingliederungshilfe Rechnung tragen. Mit Inkrafttreten des neuen Betreuungs- und Vormundschaftsrechts zum 1. Januar 2023 sind die Träger der Eingliederungshilfe umso mehr gefordert, ihren Beratungs- und, soweit erforderlich, Unterstützungsleistungen nachzukommen.

Dazu startet das Projekt BTHG-Umsetzungsbegleitung eine Online-Fachdiskussion vom 16.01. – 06.04.2023. [Mehr](#)

BTHG-UMSETZUNG

DGSP: BTHG-Intentionen drohen im Umsetzungsprozess der Bundesländer konterkariert zu werden

Ein „Zwischenruf“ der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) aus Perspektive von Menschen mit psychischen Behinderungen: Es gibt in der Umsetzung des Bundesgesetzes in das jeweilige Landesrecht zum Teil gravierende Verzögerungen. Darüber hinaus zeichnet sich die Tendenz ab, dass bei der Umsetzung in den Ländern und Kommunen Regelungen, Verfahren, Auslegungen und Gepflogenheiten entwickelt werden, die dazu führen können, dass die oben genannten Intentionen des BTHG und SGB IX durch die Leistungsträger und Leistungserbringer nicht nur konterkariert, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehrt werden. Dies betrifft insbesondere den Bereich sozialer Teilhabe (Wunsch- und Wahlrecht, Assistenzleistungen, Ermittlung des Hilfebedarfs, Teilhabeplanverfahren).

Zum gesamten [DGSP-Zwischenruf](#) (19.10.22)

TEILHABEBERATUNG

Bleibt Unabhängige Teilhabeberatung flächendeckend erhalten?

Im Zuge einer CDU/CSU-Anfrage informierte die Bundesregierung zu „Fortbestand, künftige finanzielle Ausstattung und Beratungsqualität von Beratungsstellen der Ergänzenden Unabhängigen Teilberatung“. Aktuell werden insgesamt 463 Beratungsstandorte der EUTB in 286 Regionen (kreisfreie Städte, Landkreise und Bezirke der Stadtstaaten) gefördert, die meisten in NRW (89) ([Bundestags-Drucksache](#) 20/4941 vom 8.12.22). Die Unionsfraktion bleibt besorgt, dass die Beratungsangebote in 10 von 16 Bundesländern gesunken sind ([kabinet-nachrichten](#) 19.12.22).

EINGLIEDERUNGSHILFE

Systemwidrige Leistungen der Eingliederungshilfe – Appell aus Hessen an Land und Bund

Zur Entlastung der Leistungsträger der Eingliederungshilfe, im Falle von Hessen des LWV und die Landkreise/Kreisfreien Städte, appellieren die Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung in Hessen, sich für eine Neuregelung systemwidriger Leistungen einzusetzen. Gemeint sind insbesondere Ansprüche auf Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen, die auf eine Pauschale von 266 gedeckelt sind, außerdem Kosten der Unterkunft, wenn diese 25% der anerkannten Kosten übersteigen (Quelle: [kobinet](#)-Nachrichten 15.12.22)

PERSÖNLICHES BUDGET

Monitoring-Stelle: Anwendungspraxis nicht konform mit UN-BRK

Das Instrument des Persönlichen Budgets vorhandene Potenzial wird häufig durch eine nicht konventionskonforme Anwendungspraxis konterkariert, beispielsweise mit einer falschen Bedarfsermittlung oder mit einer zu restriktiven Handhabung. Gefordert in einem Informationspapier der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte, sofort die gesetzlichen Regelungen und die Verwaltungs- und Rechtspraxis des Persönlichen Budgets im erforderlichen Umfang nachzubessern.

Zum [Informationspapier](#) (11/2022)

INKLUSIVES GESUNDHEITSWESEN

DVfR: Agenda für einen Aktionsplan „Inklusives Gesundheitswesen“

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, bis Ende 2022 einen Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen mit den Beteiligten zu erarbeiten. Damit stehen Bedarfsgerechtigkeit, Barrierefreiheit, Zugänglichkeit, Selbstbestimmung und Teilhabeorientierung auf der gesundheitspolitischen Tagesordnung. Dazu hat die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) eine Agenda entwickelt. [Zur Agenda](#) (November 2022)

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Projekte zur besseren gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen

Der Innovationsausschuss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) informiert anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember über zwei wissenschaftliche Untersuchungen, die Projekte zur besseren gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Einschränkungen auswerten. >Projekt „Fallmanagement und Pflegeexpertise als Präventionsansatz für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung;“ >Studie zu Medizinischen Zentren für Erwachsene mit Behinderung. [Mehr](#)

HEILMITTELVERSORGUNG

Neue Broschüre zur Heilmittelrichtlinie

Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen haben grundsätzlich Anspruch auf Versorgung mit Heilmitteln. Nachdem der G-BA die bisherigen Richtlinien für die Versorgung von Patienten überarbeitet hat, sind diese im Sommer 2022 in Kraft getreten. In einer jetzt überarbeiteten Neuauflage der Broschüre „ABC Heilmittel-Richtlinie“ werden die neuen Bestimmungen vorgestellt. Zur [BSK-Broschüre](#)

KINDER- UND JUGENDHILFE

Beteiligungsprozess zur inklusiven Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe

Am 27. Juni 2022 startete Familienministerin Paus den Beteiligungsprozess "Gemeinsam zum Ziel: Wir gestalten die Inklusive Kinder- und Jugendhilfe!". Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses sollen 2024 in einen Gesetzesentwurf zur inklusiven Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe münden,

der noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden und 2028 in Kraft treten soll. Drei Bausteine der Beteiligung: 1. Beteiligung der Fachöffentlichkeit, 2. Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache, 3. Wissenschaftliche Begleitung.

[Zur Webseite](#) des Beteiligungsprozesses

BARRIEREFREIHEIT

Bundesinitiative Barrierefreiheit

Die Ende 2022 gestartete Bundesinitiative Barrierefreiheit will sich besonders auf die Themen Mobilität, Wohnen, Gesundheit und Digitales konzentrieren.

[BMAS-Pressemitteilung](#) (30.11.22). [Eckpunkte-Papier](#) „Bundesinitiative Barrierefreiheit - Deutschland wird barrierefrei“ (6.12.22)

FLUCHT UND BEHINDERUNG

Bedarfsgerechte Versorgung aller geflüchteten Menschen mit Behinderung

In einem Appell an die politischen Verantwortlichen fordern zahlreiche Fachverbände, die Rechte von Geflüchteten mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention zu wahren, unabhängig von ihrer Herkunft. Menschen mit Behinderung benötigen zum Beispiel: Eine bedarfsgerechte Unterbringung und barrierefreie Mobilität, Hilfsmittel (z.B. Hörgeräte, Rollstühle, Gehhilfen, Langstöcke und Schulungen etc.), einen barrierefreien Zugang zu medizinischer Versorgung, barrierefreie Kommunikation (auch Finanzierung und Bereitstellung von Sprachmittlung und Gebärdensprachdolmetschung), Teilhabe und Mitbestimmung. [Zum Appell](#) (12/2022)

MENSCHENRECHTE

Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2021 – Juni 2022

DIMR-Bericht an den Deutschen Bundestag

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert im der Zuge der regelmäßigen Berichterstattung für Menschen mit Behinderung eine Forcierung der inklusiven Bildung (siehe unten) und mehr Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen im Gesundheitswesen und in der Gesundheitspolitik. Zum [DIMR-Bericht](#) (Dezember 2022)

FÖRDERSCHULEN

Zahl von Förderschulen nimmt weiter zu

DIMR und Bundesbehindertenbeauftragter kritisieren mangelnde Inklusion

Aktuelle Zahlen der Kultusministerkonferenz zeigen, dass das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Deutschland noch immer nicht flächendeckend gewährt wird: Zwar besuchten von den 582.400 Schüler*innen, die im Jahr 2020 sonderpädagogisch gefördert wurden, rd. 56 Prozent eine Förderschule und rd. 44 Prozent eine allgemeine Schule. Der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischer Förderung bezogen auf alle Schüler*innen ist in den letzten Jahren jedoch insgesamt gestiegen. Das führt dazu, dass der Anteil der Schüler*innen, die eine Förderschule besuchen, seit Ratifizierung der UN-BRK kaum abgenommen hat: Sie lag im Jahr 2020 bei 4,3 Prozent. Zur [Pressemitteilung](#) des Behindertenbeauftragten (9.12.22)

>Auch im 7. Menschenrechtsbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), veröffentlicht am 7.12.22, kommt im Schwerpunktkapitel Inklusive Bildung zu dem Schluss: Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wird der diskriminierungsfreie Zugang zu einem inklusiven Schulsystem in Deutschland de facto verwehrt. Allerdings ist die Situation in den Bundesländern unterschiedlich. „Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein setzen mit großem Engagement das Recht auf inklusive Bildung um. In den meisten anderen Bundesländern fehlt der politische Wille hierzu. In Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sehen wir sogar Rückschritte: Immer mehr

Kinder werden aus dem regulären Schulsystem ausgeschlossen. [Pressemitteilung DIMR](#); zum [DIMR-Bericht](#) (Dezember 2022)

DEINSTITUTIONALISIERUNG

Europäische Einführung der Leitlinien zur Deinstitutionalisierung, auch in Notfällen

Der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat am 9. September 2022 die Leitlinien zur Deinstitutionalisierung, auch in Notlagen, verabschiedet. Das Ziel dieser ersten globalen Leitlinien zur Deinstitutionalisierung ist es, die Vertragsstaaten der UN-Behindertenrechtskonvention (CRPD) bei ihren Bemühungen um die Verwirklichung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf ein unabhängiges Leben und auf Einbeziehung in die Gemeinschaft. Sie ergänzen die [Allgemeine Bemerkung Nr. 5 \(2017\)](#) des Ausschusses zu Artikel 19 CRPD und seinen Leitlinien zum Recht auf Freiheit und Sicherheit von Menschen mit Behinderungen.

[Medienmitteilung ENIL](#); zur [UN-Seite CRPD/C/5](#); zum [Leitlinien-Text](#) (englisch)

SOZIALRAUMPROJEKTE

Menschen mit komplexer Behinderung erobern den Sozialraum

Im Rahmen eines Fachtags und zur Verabschiedung der langjährigen BVKM-Vorsitzenden Helga Kiel wurden zahlreiche Projekte unter dem Motto „mit.machen – mit.entscheiden -mit.gestalten“ vorgestellt.

In der aktuellen Ausgabe von [Das Band 3/2022](#) (S. 56-59) >der Link im letzten Newsletter war leider nicht korrekt

Tagungen, Fortbildung, Termine

BHP/EAH-BILDUNGSANGEBOTE 2023

Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf im Fokus In Kooperation mit der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft (DHG)

Die einzelnen Angebote für 2023 thematisieren aus unterschiedlicher Perspektive und in unterschiedlichen Bereichen Möglichkeiten der Gestaltung von Teilhabe von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf und (noch) bestehende Teilhabebarrrieren Sie geben Impulse zur Reflexion der eigenen Haltung und deren Umsetzung in professionelles Handeln. Vorgestellt werden auch die fachlichen Standards der DHG zur Teilhabe für Menschen kognitiver Beeinträchtigung und komplexem Unterstützungsbedarf. Zum [Programm 2023](#)

LEBENSILFE-INFORM

Bildungsprogramm 2023

www.inform-lebenshilfe.de / www.lebenshilfe-hessen.de

DIGITALE FACHVERANSTALTUNG

Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen in der Eingliederungshilfe

Projekt BTHG-Umsetzungsbegleitung, 14.-15.03.2023. [Mehr Informationen](#)

FACHTAG

Wie kann ein inklusiv ausgerichtetes Hilfesystem für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung ein Gewinn sein?

BEB-Fachtag am 17.03.2023, Berlin. [Programm](#)

TAGUNG

Kommunizieren und Beziehung gestalten

16.-23.03.2023 – Online-Tagung Stiftung Leben pur. [Zum Programm](#)

BETREUUNGSGERICHTSTAG

Die Reform des Betreuungsrechts - Es ist angerichtet ...

35. Westdeutscher Betreuungsgerichtstag, **14. März 2023**, 13:00 bis 17:00 Uhr, Bochum
Mit einem Beitrag zu „Selbstbestimmung bei hohem Unterstützungsbedarf und herausforderndem Verhalten“

[Zum Programm](#)

WEITERBILDUNG

**Zertifizierungslehrgang Leben pur 2023
zur Fachkraft für Menschen mit Komplexer Behinderung**

Nächster Kursbeginn: **10.02.2023** - [Anmeldungen](#) sind ab sofort möglich

DGSGB-FACHTAGUNG

Migration

Online-Fachtagung am **10.03.22**. www.dgsgeb.de

WISSENSCHAFTLICHE TAGUNG

Autismus-Spektrum (WTAS)

16.-17.03.2023, Freiburg. [Informationen](#)

KONGRESS

1. Bielefelder Teilhabekongress

Gemeinschaft verwirklichen. Vorankündigung **15./16.06.2023**, Bielefeld (Bethel). [Mehr Information](#)

EUROPÄISCHER KONGRESS

EAMHID 2023: 14. Europäischer Kongress für psychische Gesundheit bei geistiger Behinderung

Helsinki, Finnland, **21. – 23. September 2023**. www.eamhid2023.eu

Links & Medien

MAGAZIN

Einfach Komplex - Menschen mit Komplexer Behinderung

[Ein Themenheft](#) der Lebenshilfe Köln

ZEITSCHRIFT

Körperdialog

[Schwerpunktthema](#) von „Menschen, Zeitschrift für gemeinsames Lernen und Arbeiten“ (6/2022, Österreich)

NEUERSCHEINUNG

Herausforderung Schmerzen bei Menschen mit geistiger und Komplexer Behinderung

Ein Praxisbuch. Von Helga Schlichting, Myriel Gelhaus, Florian Nüßlein. [Lebenshilfe-Verlag](#) 2023

LINK

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)

[bezev](#) engagiert sich für eine gerechte, soziale und nachhaltige Welt, in der alle Menschen die gleichen Entwicklungs- und Teilhabechancen haben.

Die [Zeitschrift](#) Behinderung und internationale Entwicklung erscheint seit 1990 dreimal jährlich mit Beiträgen sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache.

EUROPA

European Network on Independent Living (ENIL)

ist ein von Nutzern geführtes Netzwerk von Menschen mit Behinderungen mit Mitgliedern in ganz Europa.

ENIL ist ein Forum für alle behinderten Menschen, Organisationen für unabhängiges Leben und ihre nicht behinderten Verbündeten zu Themen des unabhängigen Lebens. www.enil.eu

.....
Beachten Sie auch unsere aktuellen Informationen auf unseren Webseiten!

www.dhg-kontakt.de

.....
IMPRESSUM

Verantwortlich für den DHG-Newsletter: DHG / Christian Bradl, Kerpen
Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e .V.
Möschchenheck 10a, 50170 Kerpen
Tel.-Nr. 02273/4060049
Internet: www.dhg-kontakt.de Mail: mail@dhg-kontakt.de

.....
DHG-Vorstand

Prof. Dr. Erik Weber, Marburg (Vorsitzender); Prof. Dr. Friedrich Dieckmann, Münster & Dr. Christian Bradl, Kerpen (Stellvertretung);
David Cyril Knöß, Frankfurt (Kassenführung); Carsten Krüger, Hamburg & Prof.'in Vera Munde, Berlin

.....
Datenschutzhinweise

Bitte beachten Sie, dass wir keine Verantwortung für die Webinhalte der hier gelinkten Seiten übernehmen. Es gelten für den DHG-Newsletter die auf unseren Webseiten hinterlegten [haftungsrechtlichen Hinweise](#) und [Datenschutzklärungen](#)

Mit Abonnement des DHG-Newsletters speichern wir ausschließlich Ihre Email-Adresse. Sie können den Bezug des Newsletters jederzeit [per Email](#) abbestellen; dann werden Ihre Daten gelöscht.